

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 27

vom 6. Juli 2012

Redaktion: Katja Richardt

Bund

899. Sitzung des Bundesrates 2

Gesundheit und Verbraucherschutz

Sommerhitze – Was tun? 6

Wissenschaft und Forschung

Innenausbau des Ostflügels des neuen Hauptgebäudes der
Technischen Universität Hamburg-Harburg 7

Hamburger Lehrpreis 2012 8

Haushalt und Finanzen

Hamburgs Beteiligung an Gasnetzgesellschaft vollzogen 10

Kultur

Senat zeichnet Hamburgs Kammermusikfreunde mit Johannes-Brahms-Medaille aus 11

Stadt und Hochtief vereinbaren Eckpunkte einer Neuordnung 12

HafenCity

Unternehmenszentrale von Marquard & Bahls in der HafenCity 14

Zur Information

Terminkalender 16

5.7.2012/br05

An der 899. Sitzung des Bundesrates am 6. Juli 2012 nehmen Erster Bürgermeister Olaf Scholz, Senator Michael Neumann und Staatsrat Wolfgang Schmidt teil

Die Tagesordnung umfasst 59 Punkte.

Patientenrechtegesetz bleibt hinter Notwendigem zurück

Auf der Tagesordnung steht der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzesentwurf zur Verbesserung der Rechte von Patientinnen und Patienten. Hamburgs **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks** kritisiert, dass die Pläne der Bundesregierung weit hinter dem Notwendigen zurückbleiben: „Es ist schon bemerkenswert, wie man bei einer inzwischen so breiten Zustimmung zu einem Gesetzesvorhaben so wenig für Patientinnen und Patienten in Deutschland herausholen kann. Hamburg hat mit anderen Ländern viele sinnvolle, an praktischen Erfahrungen mit der Umsetzung von Patientenrechten gereifte Vorschläge vorgelegt. Ohne diese Länderinitiativen wäre der Entwurf sicher noch blasser, allerdings fehlen immer noch wichtige Punkte“. Der jetzige Entwurf sieht beispielsweise keinen Härtefallfonds vor, mit dem Opfern von Behandlungsfehlern unbürokratisch geholfen werden könnte. Alle Gesundheitsressorts der Länder haben sich zwischenzeitlich für die Erarbeitung eines solchen Fonds ausgesprochen. Dieser sollte unter anderem einspringen, wenn der letzte Beweis nicht erbracht werden kann, ob ein Behandlungsfehler vorliegt und eine soziale Notsituation für den betroffenen Patientinnen und Patienten gegeben ist. Aus Sicht Hamburgs greift der Entwurf auch hinsichtlich der Informationspflicht gegenüber Patienten zu kurz. So wurde der von Verbänden und Ländern vorgeschlagene „Patientenbrief“ nicht aufgenommen. Dieser sollte analog zum Arztbrief die Patientinnen und Patienten in verständlicher Form über wichtige Aspekte der Behandlung informieren. Auch in Bezug auf privat zu zahlende Zusatzleistungen hat sich die Bundesregierung inhaltlich nicht bewegt. Ein Schutz von Patientinnen und Patienten vor unnötigen, aber teuren Behandlungen wird nicht geleistet und scheint auch von der Bundesregierung nicht gewollt zu sein. Bei der Regelung der Einsichtnahme in die Patientenakte wird die Stellung der Patientinnen und Patienten sogar verschlechtert, da diese - anders als nach jetziger Rechtslage - verweigert werden darf, wenn „sonstige erhebliche Gründe entgegenstehen“. Von vielen konstruktiven Anregungen aus den Ländern und von Verbänden wurde nur sehr wenig aufgenommen.

Entwurf des Jahressteuergesetz 2013

Das Jahressteuergesetz umfasst 49 einzelne Steuerrechtsänderungen aus unterschiedlichen Steuerbereichen. Umgesetzt werden europäisches Recht, aber auch Maßnahmen zur Sicherung des Steueraufkommens. Der Entwurf sieht unter anderem eine einkommensteuerliche Neufassung des Wehrsoldes als Folge der Aussetzung der Wehrpflicht vor. Der bisherige Wehrsold bleibt innerhalb der Bezüge für den freiwilligen Wehrdienst in Höhe von gegenwärtig 280 bis 350 Euro monatlich freigestellt, die weiteren Bezüge werden hingegen steuerpflichtig. Steuerfrei gestellt wird ferner das für den Bundesfreiwilligendienst gezahlte Taschengeld. Dies beträgt derzeit monatlich 336 Euro. Der Bundesrat wird über eine umfangreiche Zahl von Änderungsempfehlungen entscheiden. Es liegen Hamburger Anträge vor, die sich gegen die von der Bundesregierung vorgesehene Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Unterlagen im Steuerrecht richten, da diese Steuerhinterzieher privilegieren würden. Die Bundesregierung plant die Aufbewahrungsfristen für Unterlagen im Steuerrecht von bisher zehn Jahren ab 2013 auf acht und in einem weiteren Schritt ab 2015 auf dann dauerhaft sieben Jahre zu verkürzen. Die Festsetzungsfrist im Fall von Steuerhinterziehung beträgt aber zehn Jahre. Bei einer Verkürzung der Aufbewahrungsfristen um die letzten zwei bzw. drei Jahre reduzierten sich für diesen Zeitraum die Ermittlungsmöglichkeiten für Steuerfahndung und Strafverfolgungsbehörden erheblich. Ein weiterer Hamburger Antrag setzt sich dafür ein, dass Lohnsteuer-Außenprüfer zur Bekämpfung von Schwarzarbeit ermöglicht wird, zur Feststellung steuererheblicher Sachverhalte Grundstücke und Geschäftsräume von gewerblich tätigen Personen ohne vorherige Ankündigung zu betreten können.

Bessere Bekämpfung des Rechtsextremismus

Um die Bekämpfung des Rechtsextremismus zu verbessern soll der Informationsaustausch zwischen Polizei und Nachrichtendiensten verbessert werden. Hamburg tritt seit langem für eine umfassende Änderung der Regelungen für die Speicherbeschränkungen ein. Nunmehr ist auch die Bundesregierung bereit, die Speicherbeschränkungen für den Bereich Rechtsextremismus aufzuheben und mit diesem Gesetz die notwendige gesetzliche Grundlage zu schaffen. Polizei und Nachrichtendienste sollen in Zukunft auf eine gemeinsame Datei zugreifen können. **Innensenator Michael Neumann:**“Hamburg setzt sich darüber hinaus im Bundesrat für eine generelle Aufhebung der Speicherbeschränkungen ein“.

Irrweg der Koalition beim Warnschussarrest verhindern

Das von den Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP zum Warnschussarrest eingebrachte Gesetz wurde am 14. Juni vom Bundestag verabschiedet und liegt nun dem Bundesrat zur Beratung vor. Danach sollen Jugendrichterinnen und Jugendrichter künftig neben einer Bewährungsstrafe auch einen Warnschussarrest von bis zu vier Wochen anordnen dürfen – das Bundesverfassungsgericht hat bisher dieses Nebeneinander der beiden Sanktionen untersagt. Ziel dieser Maßnahme soll es sein, den

jugen Tätern zu veranschaulichen, wie der Gefängnisalltag aussieht, der ihnen bei möglichen weiteren Straftaten drohen würde und so "gezielt erzieherisch" auf sie einzuwirken. Hamburg will hierzu gemeinsam mit anderen SPD-geführten Ländern den Vermittlungsausschuss anrufen, da die erzieherische Wirkung des zusätzlichen Arrests nicht nachgewiesen ist. Er sei zudem überflüssig und rechtssystematisch verfehlt. Daneben sollen auch noch andere Punkte geregelt werden, wie die Anhebung der Höchststrafe für Heranwachsende wegen Mordes auf 15 Jahre; das Institut der sogenannten „Vorbewährung“ soll gesetzlich verankert werden. Jugendgerichte sollen in Zukunft einen zeitlichen Spielraum erhalten, ob eine Strafe zur Bewährung ausgesetzt wird oder nicht. Es kann somit die Entwicklung des Jugendlichen und seines Verhaltens abwarten und erst später entscheiden, ob der jugendliche Straftäter in den Strafvollzug muss. In der Praxis wurde diese Art der Vorbewährung zwar bereits praktiziert, doch soll sie nun erstmals gesetzlich geregelt werden. Während über diesen letzten Punkt Einigkeit besteht, sind der geplante Warnschussarrest und die Ausweitung der Höchststrafe in Fachkreisen hochumstritten.

Tierschutz ist wichtiges Anliegen der Länder

Mit der Änderung des Tierschutzgesetzes werden die Vorgaben der europäischen Tierversuchsrichtlinie umgesetzt. Unter dem Schlagwort „Drei-V-Prinzip“ sollen Tierversuche zu wissenschaftlichen Zwecken konsequent vermieden, vermindert und zumindest verbessert werden. Daneben finden sich weitere wichtige Neuregelungen in dem Änderungsgesetz: So wird die betäubungslose Ferkelkastration ab 2017 verboten, die Vorschriften zur sogenannten Qualzucht geändert und auch die Kennzeichnung von Pferden per Brandzeichen („Schenkelbrand“) verboten. Außerdem hat die Bundesregierung eine Ermächtigung in den Entwurf aufgenommen, die eine auf Initiative Hamburgs bereits 2011 vom Bundesrat beschlossene Forderung aufgreift, wonach die Haltung und das Zurschaustellen von bestimmten Zirkustieren (beispielsweise Elefanten, Affen oder Großbären) nicht mehr ohne Weiteres gestattet sein wird. Zudem liegen der Länderkammer umfangreiche Ausschussempfehlungen vor, die unter anderem vorsehen, die Regelungen zur Qualzucht weiter zu verschärfen. Damit sollen künftig Züchtungen vermieden werden, die Tiere zu lebenslangem Leiden verurteilen, etwa durch angeborene Atemnot oder Bewegungseinschränkungen, wie dies heute teilweise bei Hunden der Fall ist. Ebenfalls soll den Ländern die Möglichkeit eröffnet werden, bei Hunden und Katzen eine Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht einzuführen.

Bundesrat berät über Mietrechtsänderungsgesetz

Der Bundesrat berät über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Mietrechtsreform. Die Vorlage verfolgt zwei Ziele: Zum einen soll durch Änderungen des Mietrechts energetische Modernisierungen erleichtert werden und zum anderen dem sogenannten „Mietnomadentum“ durch Änderungen im Kündigungs- und Zwangsvollstreckungsrecht entgegengetreten werden. Umstritten sind dabei vor allem die Forderungen zulasten der Mieter.

Transparente Kosten und finanzielle Anreize für eine bessere psychiatrische Versorgung

Der Bundesrat berät den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines pauschalierenden Entgeltsystems für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen. Mit diesem Gesetz sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Ausgestaltung eines neuen durchgängigen, leistungsorientierten und pauschalierenden Entgeltsystems zur Vergütung psychiatrischer und psychosomatischer Leistungen der Krankenhäuser geschaffen werden. Bis zum Jahr 2022 soll die Finanzierung der Krankenhausleistungen von den heute für die Krankenhäuser noch individuell zu vereinbarenden tagesgleichen Pflegesätzen auf bundeseinheitlich zu kalkulierende Budgets umgestellt werden. Hamburg begrüßt die Einführung des neuen Entgeltsystems, die sich aus dem gesetzlichen Auftrag des Krankenhausfinanzierungsreformgesetzes aus dem Jahre 2009 ergibt. Dessen rechtlicher Rahmen soll zu mehr Kostentransparenz und Leistungsgerechtigkeit bei der Vergütung klinisch-psychiatrischer Leistungen beitragen sowie mittels geeigneter finanzieller Anreize auch das Ziel einer qualitativen Verbesserung der psychiatrischen, psychotherapeutischen und psychosomatischen Gesamtversorgung erreichen. Gleichzeitig sollen mit dem Gesetz Regelungen zur betrieblichen Finanzierung aller Krankenhäuser umgesetzt werden, die geeignete finanzielle Anreize für eine qualitativ hochwertige Leistungserbringung ermöglichen. Hamburg und andere Länder gefordern Verbesserung der sozialen Absicherung der dabei atypisch Beschäftigten.

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen

Zur Angleichung der Umweltschutzstandards in den EU-Mitgliedsstaaten, hat die EU Kommission eine Richtlinie vorgelegt, die bis November 2012 in deutsches Recht umgesetzt werden muss. Ziel ist es Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Mitgliedsstaaten zu verringern. Die Richtlinie sieht strengere Vorgaben zur Anpassung der Genehmigungsauflagen an europäische Standards und zur Durchführung von Umweltinspektionen vor. Darüber hinaus enthält sie eine neue Rückführungspflicht bei der Stilllegung von Anlagen. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem Änderungen im Bundesimmissionsschutzgesetz, im Wasserhaushaltsgesetz und im Kreislaufwirtschaftsgesetz sowie im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung und im Umweltschadensgesetz vor. Dem Bundesrat liegen diverse Änderungsanträge zu diesem Gesetzentwurf vor. So wird grundsätzlich bemängelt, dass die für Länder und Kommunen zu erwartenden erheblichen Mehrkosten nicht vollständig von der Bundesregierung aufgeführt werden.

Für Rückfragen:

Sabine Spitzer

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Tel. 0 30 – 2 06 46-109

www.hamburg.de/landesvertretung

2. Juli 2012/bgv02

Sommerhitze – Was tun?

Empfehlungen zum vorbeugenden Gesundheitsschutz

Bislang zeigt sich der Sommer in Hamburg eher selten von seiner besten Seite. Aber für die kommenden Tage sagt der Wetterbericht Temperaturen von deutlich über 20 Grad für die Hansestadt voraus. Neben Freude und Wohlgefühl über schönes Sommerwetter kann große Hitze für den menschlichen Organismus aber auch Probleme bringen. Die Gesundheitsbehörde hat auf ihren Internetseiten deshalb Tipps und Informationen zusammengestellt, wie mit einfachen und wirksamen Mitteln Sommerhitze erträglicher wird und welche körperlichen Warnsignale beachtet werden sollten.

Während gesunde Erwachsene auch bei längeren Hitzeperioden durch normale Lebensführung sowie ausreichende Flüssigkeits- und Nahrungsaufnahme Beeinträchtigungen vermeiden können, bestehen insbesondere für ältere und kranke Menschen gesundheitliche Gefahren. Meist reicht es jedoch aus, einige einfache Regeln zu beachten und sich in seinem Verhalten auf die Hitze einzustellen, um diese Gesundheitsrisiken zu minimieren bzw. zu verhindern. So sollte bei Sommerhitze unter anderem auf folgende Punkte geachtet werden:

- Trinken Sie ausreichend und gleichmäßig über den Tag verteilt (alkoholfreie Getränke wie z.B. Wasser, kalten Tee, Saftschorlen).
- Lassen Sie niemals Kinder oder gesundheitlich geschwächte Personen (auch keine Haustiere) in einem geparkten Auto zurück.
- Vermeiden Sie nach Möglichkeit während der heißesten Tageszeit (zwischen 12.00 und 16.00 Uhr) den Aufenthalt im Freien.
- Tragen Sie im Freien eine Kopfbedeckung, achten Sie auf luftdurchlässige und helle Kleidung sowie einen ausreichenden Sonnenschutz der Haut.

Die Hinweise der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) richten sich auch an Personen, die sich zu Hause um einen Kranken oder pflegebedürftigen Menschen kümmern und an Eltern von kleinen Kindern. Diese und weitere Hinweise sind in verschiedenen Merkblättern zusammengefasst, die unter <http://www.hamburg.de/gesundheitsfoerderung> zur Verfügung stehen.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

3. Juli 2012/bwf03

Innenausbau des Ostflügels des neuen Hauptgebäudes der Technischen Universität Hamburg-Harburg

Baubeginn für 2013, Fertigstellung für 2014 geplant

Der Senat hat heute den Innenausbau des Ostflügels des neuen Hauptgebäudes der Technischen Universität Hamburg-Harburg (TUHH), der ehemaligen Pionierkaserne auf dem Schwarzenberg, auf den Weg gebracht. Damit erhält die TUHH weitere Flächen für die steigende Zahl ihrer Studierenden. Die rund 800 Quadratmeter Hauptnutzfläche des Ostflügels sollen künftig zur Erweiterung des studentischen Kommunikations- und Lernzentrums, für zusätzliche Räume für kleine studentische Lerngruppen sowie als Büroräume für zusätzliches Lehrpersonal genutzt werden. Die Kosten für das Vorhaben belaufen sich auf rund 4,2 Millionen Euro, die durch die TUHH aus Überschüssen vorheriger Jahre selbst finanziert werden. Der Baubeginn ist für das Jahr 2013, die Fertigstellung für das Jahr 2014 geplant.

Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**: „Mit dem Innenausbau des Ostflügels erhält das neue Hauptgebäude der Technische Universität Hamburg-Harburg weitere wichtige Räumlichkeiten im Zentrum der Universität. Damit ist sichergestellt, dass die TUHH auch künftig ingenieurwissenschaftlichen Nachwuchs auf höchstem Niveau ausbilden kann.“ TUHH-Präsident **Prof. Dr. Garabed Antranikian**: „Wir freuen uns über die Entscheidung des Senats. Die Realisierung des Innenausbaus des Ostflügels unseres Hauptgebäudes ist eine gleichermaßen notwendige wie zukunftsweisende Maßnahme angesichts des fortbestehenden Flächenbedarfs aufgrund der hohen Attraktivität Hamburgs Technischer Universität.“

Hintergrund:

Im Jahr 2011 ist die ehemalige Pionierkaserne an der Schwarzenbergstraße in Harburg für die Nutzung durch die TUHH hergerichtet und um einen Neubau ergänzt worden. Der Ergänzungsbau wurde als erster Bauabschnitt im Rahmen des Konjunkturprogramms II von Bund und Ländern realisiert. Dafür wurden vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg im Rahmen der „Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 – Nachhaltiges Wachstum“ zehn Millionen Euro eingeworben. Der zweite Bauabschnitt wurde im Mai 2012 fertiggestellt. Mit dem ersten und zweiten Bauabschnitt wurden Dach, Fenster und Fassade des Ostflügels hergerichtet, um ein einheitliches Erscheinungsbild herzustellen, die Bausubstanz zu schützen und die Voraussetzungen für den nun beschlossenen Innenausbau zu schaffen. Zudem konnten bereits kleinere Hörsäle und Seminarräume sowie ein modernes Kommunikationszentrum bereitgestellt werden. Die vorhandene Fassade wurde in Abstimmung mit dem Denkmalschutzamt instandgesetzt, Eingriffe in den Gebäudebestand wurden so gering wie möglich gehalten.

Rückfragen:

Dr. Alexander v. Vogel

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Pressestelle

Tel.: 040 / 42863-2322, Mobil.: 0171 / 3882432

Fax: 040 / 4279-75205, E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

5. Juli 2012/bwf05

Hamburger Lehrpreis 2012

Wissenschaftssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt überreicht 14 Preise für herausragende Leistungen in der Lehre

Im Rahmen einer Feierstunde im Lichthof der Staats- und Universitätsbibliothek hat Hamburgs Wissenschaftssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt heute den Hamburger Lehrpreis 2012 überreicht. Bereits zum vierten Mal werden damit innovative Lehrleistungen oder Lehrvorträge von Professorinnen und Professoren, Dozentinnen und Dozenten sowie wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der sechs staatlichen Hamburger Hochschulen ausgezeichnet. Vergeben wurden insgesamt 14 Einzelpreise über 10.000 Euro, wobei auch Teamleistungen Berücksichtigung fanden. Insgesamt 17 Gewinnerinnen und Gewinner konnten sich über eine Urkunde und das Preisgeld freuen.

Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**: „In Zeiten des Internets ist die Versuchung groß zu meinen, Lehre könne bald ausschließlich virtuell stattfinden. Klug eingesetzt, sind e-learning und elektronische Semesterapparate in der Tat eine gute Ergänzung zu herkömmlichen Lehrmethoden – das wird durch die diesjährige Auswahl der Preisträgerinnen und Preisträger anschaulich belegt. Aber heute wie gestern kommt es in der Lehre auf die Menschen an. Auf Persönlichkeiten, auf Vorbilder. Auf exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die den Ehrgeiz und die Gabe haben, komplexe Sachverhalte verständlich zu machen und eigene Erkenntnisse und Erfahrungen an die Studierenden weiterzugeben. In Hamburg haben wir solche herausragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.“

Die Preisträgerinnen und Preisträger wurden wegen ihrer hohen fachlichen und didaktischen Kompetenz sowie teilweise explizit für den Einsatz innovativer elektronischer Lehrmethoden ausgezeichnet. Gewürdigt wurde etwa unter anderem ein Seminar „Service Learning“ zum Thema Unternehmensführung, dessen innovatives Lehrkonzept Projektarbeit, Präsentationen und Reflexionen miteinander vereint. Die Studierenden konnten dabei die gelernte Theorie direkt in der Praxis erproben, indem sie begleitend zum Seminar einen gemeinnützigen Dienst für eine Non-Profit-Organisation oder eine öffentliche Institution wie z.B. das Hamburger Spendenparlament leisteten. Ebenfalls preiswürdig war eine Lehrveranstaltung im Bereich Illustration mit dem Spezialgebiet Kinderbücher, bei der die Studierenden durch die Einbeziehung wichtiger Buchmessen frühzeitig dafür sensibilisiert wurden, sich mit den Anforderungen des Marktes und der Zielgruppen vertraut machen.

Das Vorschlagsrecht für den Lehrpreis lag ausschließlich bei den Studierenden. Eine hochschulinterne Jury unter Beteiligung der Studierenden hat die Nominierungsvorschläge bewertet. Anders als in der Vergangenheit war bei der Preisvergabe in diesem Jahr keine externe Jury eingebunden. Stattdessen wurde die Entscheidung über die Preisträgerinnen und Preisträger allein den Hochschulen überlassen,

um eine offene Diskussion zwischen Lehrenden und Studierenden darüber anzuregen, was gute Lehre ausmacht.

Alle Preisträgerinnen und Preisträger des Hamburger Lehrpreises 2012 sowie eine kurze Begründung für ihre Auswahl sind der **Anlage** zu dieser Pressemitteilung zu entnehmen.

Rückfragen:

Dr. Alexander v. Vogel

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Pressestelle

Tel.: 040 / 42863-2322, Mobil.: 0171 / 3882432

Fax: 040 / 4279-75205, E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

03.07.2012/fb03

Hamburgs Beteiligung an Gasnetzgesellschaft vollzogen

Die Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV) hat heute 25,1% der Anteile an der Hamburg Netz GmbH erworben. Nach Freigabe des Vorhabens durch das Bundeskartellamt, Zustimmung der Gremien von E.ON als Verkäuferin und Zustimmung der Hamburgischen Bürgerschaft konnte der im November 2011 abgeschlossene Beteiligungsvertrag vollzogen werden.

Der Kaufpreis für die Beteiligung beträgt 80,4 Mio. Euro, die jährliche feste Ausgleichzahlung an die HGV beläuft sich auf 3,38 Mio. Euro. Sie ist unabhängig vom wirtschaftlichen Ergebnis der Gasnetzgesellschaft während der Laufzeit des Ergebnisabführungsvertrages (EAV) zu zahlen und garantiert der HGV jährlich gleich hohe Beteiligungserträge. Der EAV kann frühestens zum 31.12.2017 gekündigt werden. Im Jahr 2012 erhält die HGV eine anteilige Dividende in Höhe von rund 1,69 Mio. Euro ab dem Zeitpunkt des Beteiligungserwerbs.

Hamburg erhält drei von sechs Anteilseignermandaten im Aufsichtsrat. Diese werden vom Staatsrat der Finanzbehörde, einer Referatsleiterin des Amtes für Natur- und Ressourcenschutz der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt sowie einer Mitarbeiterin der HGV wahrgenommen.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

03.07.2012/kb03

Ehrung zum 90. Jubiläum

Senat zeichnet Hamburgs Kammermusikfreunde mit Johannes-Brahms-Medaille aus

Die Hamburgische Vereinigung von Freunden der Kammermusik erhält die Johannes-Brahms-Medaille 2012. Das hat der Hamburger Senat in seiner Sitzung am 3. Juli entschieden. Die Johannes-Brahms-Medaille wird seit 1928 vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg zur Auszeichnung von besonderen Verdiensten und hervorragenden Leistungen auf dem Gebiet der Musik, insbesondere der Brahms-Pflege, gestiftet. Die Vereinigung von Freunden der Kammermusik feiert in diesem Jahr ihr 90-jähriges Jubiläum.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Die Kammermusikfreunde zeichnen sich seit Jahrzehnten durch den ungebrochenen Willen aus, dem Publikum stets die weltweit bemerkenswertesten Ensembles zu präsentieren. Diese auf Qualität bezogene Arbeit gepaart mit der Bereitschaft, dafür auch private Mittel einzusetzen, beweist auf schöne Weise, welche große Leidenschaft Musik wecken kann. Sehr herzlich gratuliere ich der Hamburgischen Vereinigung von Freunden der Kammermusik zur Johannes-Brahms-Medaille.“

Am 17. November 2012 wird Senatorin Prof. Barbara Kisseler die Johannes-Brahms-Medaille im Anschluss an das Jubiläumskonzert mit dem *Emerson String Quartett* in der Kleinen Laeishalle verleihen.

Die 1922 von Hamburger Kaufleuten gegründete und ehrenamtlich geführte Vereinigung zählt zu den traditionsreichen privaten Musikveranstaltern. Auch in ihrer im Herbst beginnenden 68. Saison fühlt sie sich ausschließlich der künstlerischen Qualität verpflichtet und verfolgt seit nunmehr 90 Jahren das Ziel, dem Hamburger Publikum unabhängig vom kommerziellen Konzertbetrieb einen Überblick über die Kammermusik-Literatur in der jeweils besten Interpretation zu vermitteln.

Für Rückfragen:
Stefan Nowicki
Pressestelle der Kulturbehörde
040 / 42824 – 226
stefan.nowicki@kb.hamburg.de

05.07.2012/kb05

Stadt und Hochtief vereinbaren Eckpunkte einer Neuordnung

Einigung über Weiterbau der Elbphilharmonie

Die Stadt Hamburg und Hochtief haben Eckpunkte für eine Neuordnung zum Fortgang des Projektes Elbphilharmonie abgeschlossen. Kernpunkte der Abmachung sind eine Neuordnung der Planungsverantwortlichkeiten, ein Zeitplan zur Fertigstellung und die Einigung auf ein Schiedsgerichtsverfahren zwischen der Stadt Hamburg und Hochtief.

Hierzu erklärt Kultursenatorin **Prof. Barbara Kisseler**: „Mit der Vereinbarung konnten wir einen Geburtsfehler des Projektes beheben. Künftig werden die Abstimmungsprozesse deutlich vereinfacht, da Generalplaner und Generalunternehmer die Planungen gemeinsam fertigstellen werden. Es ist uns gelungen, den weiteren Fortgang des Baus von den Streitigkeiten der Vergangenheit abzulösen und eine Vereinbarung mit Hochtief über die Fertigstellung des Projekts zu erreichen. Wir sind froh, dass wir damit den Gremien ein gutes Ergebnis zum Fortgang des Projektes vorlegen können.“

Hochtief-Vorstandsmitglied **Marcelino Fernández Verdes** erklärt zu der Einigung über die Eckpunkte: „Wir haben gemeinsam eine Lösung für die kritischen Punkte gefunden: Das Saaldach wird ohne Abstriche bei der Sicherheit so schnell wie möglich gebaut, gemeinsam mit Herzog & de Meuron werden wir die Planung für das Gebäude abschließen. Außerdem haben wir einen Modus für den Umgang mit strittigen Themen gefunden.“

David Koch, verantwortlicher Projektpartner der Architekten Herzog & de Meuron für das Projekt Elbphilharmonie begrüßt die erzielte Einigung: „Es wurden nun Möglichkeiten dafür geschaffen, das Projekt Elbphilharmonie erfolgreich fertigzustellen. Die angestrebte gemeinsame Planung stellt die notwendige Kooperation dar, einen konfliktfreien und qualitativ hochwertigen Weiterbau der Elbphilharmonie zu ermöglichen.“

Hochtief wird das Saaldach nachrüsten und es zusammen mit der Fassade innerhalb eines Jahres fertigstellen. Der bisherige Konflikt um das Saaldach konnte durch die Verständigung über ein gutachterliches Monitoringverfahren gelöst werden.

Als weiteren Kernbestandteil der Neuordnung wird Hochtief gemeinsam mit dem Generalplaner Herzog & de Meuron die ausstehende Planung fertigstellen und in eine Gesamtplanung integrieren. Dies gilt insbesondere für die Technische Gebäudeausstattung (TGA). Die Stadt erhält Einsicht in die Planungsprozesse und wird diese begleiten. Sämtliche Planungen sollen Hochtief und Herzog & de Meuron innerhalb eines Jahres fertigstellen. 24 Monate nach Ende der Planungen erfolgt die Gesamtfertigstellung des Gebäudes.

Möglich geworden ist dieser konstruktive Neuanfang durch eine einvernehmliche Lösung zwischen der Stadt Hamburg und Hochtief zu den Problemen aus der Vergangenheit. Alle strittigen Forderungen werden, sofern keine außergerichtliche Einigung erzielt werden kann, einem Schiedsgerichtsverfahren zugewiesen. Dieses soll spätestens ein Jahr nach Fertigstellung des Projektes eine Entscheidung fällen. Damit ist der Weg zur Erledigung der strittigen Zahlungsverpflichtungen geebnet worden.

Für Rückfragen:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
040 / 42824 – 207
enno.isermann@kb.hamburg.de



6. Juli 2012 /hc06

Unternehmenszentrale von Marquard & Bahls in der HafenCity

Nachhaltiger Neubau für 700 Mitarbeiter an der Shanghaiallee

Öffentlich genutzte Erdgeschosse und Stadtbalkon zum Wasser

Mit der Marquard & Bahls AG siedelt sich ein weiteres Großunternehmen in der HafenCity an und errichtet seine neue Unternehmenszentrale nach höchsten Nachhaltigkeitsstandards. In einem Architektenwettbewerb für das Bauvorhaben an der Shanghaiallee und in direkter Wasserlage am Brooktorhafen entschied sich das Preisgericht Ende Juni für einen Entwurf von Gewers & Pudewill, Berlin. Der Neubau der im internationalen Mineralöl- und Energiegeschäft tätigen Hamburger Firma ist ein markantes Gebäude in großstädtischer Tradition und wird Platz für 700 Mitarbeiter bieten. Der Entwurf öffnet sich aber auch umfassend dem Stadtraum: Zum Brooktorhafen entsteht ein großzügiger „Stadtbalkon“, in den Erdgeschossen entlang der Shanghaiallee werden Einzelhandel und Gastronomie angesiedelt. Das Gebäude soll dem Nachhaltigkeitsstandard des HafenCity Umweltzeichens in Gold entsprechen. Baubeginn ist für 2013 vorgesehen.

Die Shanghaiallee verläuft in der zentralen HafenCity von der Speicherstadt im Norden zur Elbe im Süden. Als hochwassersichere große Achse schon früh gebaut, nimmt sie immer mehr den Charakter eines urbanen Stadtraums an und tritt mit Bauvorhaben von großer Qualität hervor. Das Baufeld 65 in direkter Wasserlage am Brooktorhafen wurde im Februar 2012 der Marquard & Bahls AG anhand gegeben. Die 1947 gegründete Firma ist einer der führenden unabhängigen Mineralöl-Großhändler in Nordwest-Europa und weltweit der zweitgrößte Anbieter von kommerziellem Tankraum mit Standorten in Nord- und Südamerika, Europa, Asien und im Mittleren Osten. Weltweit gibt es rund 7000 Mitarbeiter; die Unternehmenszentrale ist bisher in der Hamburger Innenstadt ansässig.

An dem Architektenwettbewerb für das Baufeld 65 nahmen neun Büros, darunter aus den Niederlanden und Österreich, teil. Das Preisgericht entschied sich einstimmig für den Entwurf von Gewers & Pudewill aus Berlin als Sieger. Der Entwurf reagiere sehr feinfühlig auf den Stadtraum und setze die richtigen Akzente, so die Begründung der Jury. Besonders hervorzuheben sei die dreigeschossige Öffnung entlang des Brooktorhafens, die das innere Atrium mit dem Stadtraum verbindet und einen gut nutzbaren „Stadtbalkon“ ausbildet. Insgesamt sei das Gebäude flexibel nutzbar. Die Erdgeschossbereiche an der Shanghaiallee werden als Ladenzone gestaltet.

Die Jury unter dem Vorsitz des Architekten Prof. Bernhard Winking, Hamburg, hat auch unter Mitwirkung von politischen Vertretern (der Hamburgischen Bürgerschaft und des Bezirks Mitte) insgesamt drei Preise und zwei Anerkennungen vergeben:

1. Preis

Gewers & Pudewill, Berlin

2. Preis

Max Dudler Architekt, Berlin

3. Preis

Alleswirdgut Architektur ZT GmbH, Wien

Anerkennungen

De Architekten Cie., Amsterdam

Kai Richter Architektur GmbH, Hamburg

Die Wettbewerbsergebnisse werden vom 10. bis 15. Juli in der kleinen urbanität, Schauraum für Stadtkultur, in der Shanghaiallee 6 ausgestellt.

Dr. Jörg Walter, Leiter Health, Safety, Security & Environment und Corporate Communication bei Marquard & Bahls:

„Der preisgekrönte Entwurf verkörpert in nahezu idealer Weise unseren Leitsatz ‚unabhängig – solide – eigenwillig‘. Wir wollen durch den Neubau unserer Unternehmenszentrale nicht nur alle Mitarbeiter in Hamburg unter einem Dach vereinen, sondern durch neue Kommunikationsstrukturen auch intern Synergien erzielen.“

Prof. Jörn Walter, Oberbaudirektor, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt:

„Durch qualitätsvolle Noblesse und zurückhaltende Akzente gewinnt die HafenCity ein vornehmes Gebäude in bester hanseatischer Tradition. “

Jürgen Bruns-Berentelg, Vorsitzender der Geschäftsführung, HafenCity Hamburg GmbH:

„Der Neubau der Marquard & Bahls AG ist ein elegantes und gleichzeitig robustes Gebäude, das sich sehr gut in den Gesamtcharakter der Shanghaiallee einfügt. Dennoch ist es stark genug, einen eigenen Akzent für die Identität des Unternehmens zu setzen.“

Pressekontakt:

HafenCity Hamburg GmbH

Susanne Bühler, Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Tel: 040 / 37 47 26-14

E-Mail: buehler@HafenCity.com

Aktuelle Informationen auch unter www.HafenCity.com

Pressebilder unter <https://presse.hafencity.com/>

Ausstellung der Wettbewerbsergebnisse:

10.-15. Juli 2012; Di - Fr 12 - 18 Uhr, Sa - So 12 - 16 Uhr

die kleine urbanität, Schauraum für Stadtbaukultur

Shanghaiallee 6, 20547 Hamburg

Terminkalender

Vom 09. Juli bis 22. Juli 2012

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Dienstag, den 10.07.2012

12:00 Rathauschleuse am Rathaus
Senatorin Jutta Blankau stellt im Rahmen der **Sommertour** die **geplante Fischtreppe** vor.

Donnerstag, den 12.07.2012

13:00 Inselpark, Wilhelmsburg
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort bei der **Grundsteinlegung im Eingangskomplex am Inselpark**.

14:30 Wulffsblöcken 5,
Senatorin Jutta Blankau besucht im Rahmen der **Sommertour** die „**Wulffsche Siedlung**“.

Freitag, den 13.07.2012

11:00 Botschaft von Ungarn, Unter den Linden 76, Berlin
Staatsrätin Elke Badde nimmt an der **Diplom Verleihung für den 1. Studiengang des Asklepios Campus Hamburg** teil.

Samstag, den 14.07.2012

09:00 Hotel Grand Elysee, Hamburg
Staatsrätin Elke Badde spricht ein Grußwort zur **Eröffnung des 17. Retina Int. World Congress 2012 zur Verhütung von Blindheit**.

09:00 Technische Universität Hamburg-Harburg, Schwarzenbergstraße 95
Senatorin Jutta Blankau eröffnet mit einem Grußwort die **HIC 2012 – „Understanding Changing Climate an Environment and Finding Solutions“**.

Montag, den 16.07.2012

09:30 Neubaugebiet Veilchenweg, Lokstedt und Ohlsdorf
Senatorin Jutta Blankau besucht im Rahmen der **Sommertour** das **neue RISA-Projekt**
(Regenwassermassen können besser ablaufen)

Beide Projekte werden vor Ort besichtigt und erklärt.

15:00 Büro des Senators Ties Rabe, BSB, Hamburger Straße 31
Senator Ties Rabe empfängt in seiner Eigenschaft als Präsident der Kultusministerkonferenz den **israelischen Botschafter Yakov Hadas-Handelsmann** zu einem Kennenlerngespräch.

Dienstag, den 17.07.2012

19:00 Angelo-German Club, Harvestehuder Weg 44
Senatorin Jutta Blankau hält beim Lions Club Hamburg-Wandsbek ein Referat anlässlich des **Themenabends „Big City Hamburg“**.

Mittwoch, den 18.07.2012

10:00 Deponie Havighorster Moor, Treffpunkt Parkplatz an der Kreisbahn, Boberger Niederungen
Senatorin Jutta Blankau besucht im Rahmen der **Sommertour** die **Bauschuttdeponie Havighorst Moor**.

Donnerstag, den 19.07.2012

10:30 Stadtpark, Treffpunkt „An der Trinkhalle“, Südring
Senatorin Jutta Blankau besucht im Rahmen der **Sommertour** den **Hamburger Stadtpark** der 2014 100 jähriges Jubiläum hat.

14:00 Behörde für Justiz und Gleichstellung, Drehbahn 36
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek empfängt eine **Delegation aus Nigeria**.

18:30 Rathaus, Großer Festsaal
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort anlässlich des Senatsempfangs zur **internationalen wissenschaftlichen Konferenz „Digital Humanities“**.

Freitag, den 20.07.2012

09:30 Maschinenbauer KHS Corpoplast, Meiendorfer Straße 203
Senatorin Jutta Blankau besucht im Rahmen der **Sommertour** das Hamburger Unternehmen das Maschinen für PET- Flaschen entwickelt.

12:00 Ehrenfriedhof des Bendlerblocks (GDW), Stauffenbergstraße, 10785 Berlin
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt teil an der diesjährigen **Feierstunde zum Gedenken an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft**.

15:00 DOM-Meile, Heiligengeistfeld
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung des Sommerdoms**.

16:00 Gedenkstätte Plötzensee, Hüttigpfad, 13627 Berlin
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt teil an der **Kranzniederlegung zum Gedenken an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft**.